



Schweiz: Abkommen bleibt erstes Ziel

Was macht die Schweiz nach dem Zollurteil in den USA? Vorerst weiter wie bisher, sagt der Bundesrat.

Exponentinnen und Exponenten der Schweizer Verwaltung und der Schweizer Wirtschaft rechnen nach dem Zollurteil des Supreme Court in Washington nicht mit einem Kurswechsel der USA. Der Bundesrat möchte an den Verhandlungen mit den USA festhalten. Auch wenn nun klar ist, dass US-Präsident Donald Trump seine Kompetenzen überschritten hat und sein «Zollhammer» illegal war, will der Bund seine Taktik nicht ändern.

Bundespräsident Guy Parmelin liess am Samstag mitteilen, er nehme die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs sowie die erneuten Zoll-Ankündigungen des US-Präsidenten zur Kenntnis und äussere sich dazu inhaltlich nicht. Der Bundesrat lasse die Entwicklungen und deren Folgen analysieren und wer-

de «zu gegebener Zeit» über allfällige Entscheide informieren.

Grundsätzlich versichert der Bund, dass er seine Linie in den laufenden Gesprächen mit Washington nicht ändern werde. «Das Hauptziel der laufenden Verhandlungen war von Anfang an, ein rechtsverbindliches Abkommen zu schliessen, das den Schweizer Unternehmen die grösstmögliche Rechtssicherheit bietet», erklärte das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung auf Anfrage.

Im Moment ändert sich wenig

Nach Einschätzung von Rahul Sahgal von der schweizerisch-amerikanischen Handelskammer verändert sich die Situation der Schweizer Exporteure nach Trumps Ent-

scheid, einen zusätzlichen weltweiten Zoll zu erheben, nicht grundlegend. Für Schweizer Unternehmen dürften die konkreten Auswirkungen gering bleiben, meint Sahgal. Er geht von Anpassungen um zwei oder drei Prozentpunkte je nach Branche aus. Die Zollaussnahmen für Pharmazeutika und Gold bleiben bestehen.

Mit dem angekündigten neuen Steuersatz sei die Schweiz anderen Ländern gleichgestellt, so Sahgal weiter. «Wir haben 150 Tage Zeit, um ein Handelsabkommen auszuhandeln.» Für den Handelskammer-Vertreter tritt der transatlantische Handel jedoch in eine neue Ära ein, die durch dauerhaft geltende Zölle gekennzeichnet ist.

Das habe man bereits bei den 50-prozentigen Zöllen auf Stahl

und Aluminium gesehen, die während Trumps erster Amtszeit zwischen 2017 und 2021 eingeführt wurden. «Damals hatten wir gehofft, dass sie mit dem Amtsantritt von Joe Biden wieder abgeschafft würden, aber sie wurden beibehalten.»

Sahgal: USA bleiben Rechtsstaat

Dass die Märkte positiv auf den Gerichtsentscheid reagiert hätten, sei vor allem auf das institutionelle Signal zurückzuführen, das die US-Justiz ausgesendet hat. «Die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs zeigt deutlich, dass Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung in den Vereinigten Staaten funktionieren», sagte Rahul Sahgal und sprach von «einer sehr guten Nachricht». (sda)